

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 25. September 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/mu4>

Gedenken an Christine Bernbacher

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung gedachte die Bürgerschaft mit einer Schweigeminute ihrer langjährigen Abgeordneten und ehemaligen Vizepräsidentin Christine Bernbacher, die am 12. September im Alter von 82 Jahren gestorben war.



Zuvor würdigte Bürgerschaftspräsident Christian Weber das Wirken und das Engagement der Mitgründerin der Grünen, die von 1991 bis 1995 das erste grüne Mitglied im Bürgerschaftsvorstand war. Dabei hob er ihren prägenden Einsatz, ihre Menschlichkeit und ihren Humor hervor.

Kostenfallen im mobilen Internet – digitale Übertölpelung erschweren

Mit Smartphones mobil ins Internet gehen bietet viele Vorteile – leider auch für unseriöse Netzunternehmen. Ein Beispiel sind Reklame-Banner in den sogenannten Apps. Wird auf das Reklamebild getippt, öffnet sich eine "WAP-Seite", die von einer herkömmlichen Internetseite kaum zu unterscheiden ist. Diese Seite kann kostenpflichtig sein, ohne dass die NutzerInnen dies merken. Im Unterschied zum gängigen HTML-Standard, sieht der heute sonst nur noch selten eingesetzte WAP-Standard (wireless application protocol) vor, die auf der SIM-Karte gespeicherten Identifikationsdaten zur Gegenstelle senden zu können. Damit wird der Mobilfunkanbieter ermittelt, der wiederum die KundInnen identifizieren kann. Auf der Mobilfunkrechnung tauchen dann die vermeintlich abgeschlossenen Abonnements oder sonstige Leistungen auf. Ein heute beschlossener Antrag fordert den Senat auf, entsprechende Änderungen im Telekommunikationsgesetz zu erwirken.



Jan Saffe, für Verbraucherschutz zuständig, ging auf den schwierigen Wettlauf ein, bei dem sich rasant entwickelnden technischen Neuerungen möglichem Missbrauch rasch zu begegnen. Zwar könne die Politik wie mit dem heute beschlossenen Antrag helfen, letztlich müssen sich die VerbraucherInnen aber mehr

ihren gesunden Menschenverstand einsetzen, um nicht so leicht digital übertölpelt zu werden.

Was noch?

Die Haushaltsgesetze und Haushaltspläne für die Jahre 2014 und 2015, vorgelegt vom Senat, wurden heute mit rot-grüner Mehrheit in 1. Lesung beschlossen und zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Bis zur 2. und letzten Lesung im Dezember hat das Parlament noch die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte im Haushalt festzulegen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Höheres Bußgeld für Alkoholverkauf an Minderjährige

Alkohol ist die gesundheitsschädlichste Droge, deshalb ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen besonders wichtig. Seit dem Jahr 2009 werden in Bremen Testkäufe von begleiteten Jugendlichen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Fälle, in denen in Tankstellen, Kiosken und Supermärkten Alkohol an Minderjährige verkauft wird, nur um etwa die Hälfte gesunken sind. Ein Koalitionsantrag fordert, Verstöße von Einzelhändlern und des Verkaufspersonals gegen das Jugendschutzgesetz mit empfindlich höheren Bußgeldern zu ahnden, um sie wirksamer zu vermeiden.



Der innenpolitische Sprecher Björn Fecker verdeutlicht das Problem: Das Geschäft mit dem Alkohol blüht – auch in Bremen. Das ist in diesem Land nichts mit Nachrichtenwert, denn der Alkoholkonsum in unserer Gesellschaft ist anerkannt und akzeptiert. Szenenwechsel: In

der Notaufnahme einer Bremer Klinik sammeln sich im Laufe des Samstagabends bis in den frühen Sonntagmorgen hinein Minderjährige, teilweise noch Kinder, die stark alkoholisiert eingeliefert werden und selbst ihre Muttersprache nicht mehr beherrschen. Deshalb, so Fecker zur Forderung des Antrags: Wer künftig Alkohol an Kinder verkauft, der soll ein Problem haben. 2.000 EURO Bußgeld lassen den einen oder anderen Geschäftsmann vielleicht doch davor zurückschrecken, den schnellen Euro zu suchen. Wenn dann auch noch im Wiederholungsfall der Entzug der Konzession droht, ist Björn Fecker sich sicher, wird das Umdenken sehr schnell einsetzen.

Bildungsabschlüsse in den Justizvollzugsanstalten

Ziel von Gefängnisstrafen ist nicht nur die Bestrafung an sich, sondern auch die Vorbereitung auf ein Leben ohne weitere Straftaten nach der Entlassung in die Freiheit. Für viele Inhaftierte bietet die Zeit im Gefängnis die Möglichkeit eines Schulabschlusses mit gesteigerten Chancen der Eingliederung in die Gesellschaft nach dem Verbüßen der Strafe. Mit einer Großen Anfrage der Grünen-Fraktion wurde vom Senat erfragt, welche Bildungsangebote in den Justizvollzugsanstalten Bremens und Bremerhavens bestehen, für wen sie gedacht sind und wie sie angenommen werden.



Sülmez Dogan, bildungspolitische Sprecherin, hatte sich schon bei einem Besuch der JVA Oslebshausen von der Motivation des dortigen pädagogischen Dienstes beeindruckt gezeigt. Um so mehr freute sie sich über die Antwort des Senats, dass nahezu 75 Prozent der Teilnehmenden ihre Schulabschlüsse bestanden haben – ein weiterer Beleg für die Qualität des pädagogischen Dienstes. Dogan wies auf einen weiteren Aspekt hin: Resozialisierung dient nicht nur den TäterInnen, sondern ist auch der beste präventive Opferschutz, und dazu tragen die Bildungsmaßnahmen bei.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Friedhofszwang für Urnen aufheben, neue Bestattungsformen zulassen

Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern oder den USA ist in Deutschland die Erd- oder Urnenbestattung außerhalb eines Friedhofsgeländes nicht erlaubt (außer Seebestattung). Dieser Friedhofszwang basiert wesentlich auf der Fortschreibung des Feuerbestattungsgesetzes von 1934; demnach ist es den Angehörigen nicht gestattet, die Urne vom Krematorium mitzunehmen, individuellen Wünschen von Verstorbenen kann nicht entsprochen werden. Auf privaten Friedhöfen gibt es inzwischen die Möglichkeit, sich in sogenannten Bestattungswäldern bestatten zu lassen. In Bremen gibt es allerdings keine solchen Alternativen, die nächsten sind im niedersächsischen Umland.



Mit einem heute beschlossenen Antrag, angeregt von der umweltpolitischen Sprecherin Maike Schaefer, soll das Bestattungsrecht u.a. so geändert werden, dass es erlaubt wird, Urnen bis zu zwei Jahre zu Hause aufzubewahren und das Verstreuen der Totenasche innerhalb und auch außerhalb von Friedhöfen

zu gestatten. Hierzu gehören auch eine individuellere Grabgestaltung und die Bestattung in Bestattungswäldern. Für die Leichentuchbestattung muslimischer EinwohnerInnen sollen Flächen zur Verfügung gestellt werden bzw. die Einrichtung eines eigenen Friedhofs.

Wozu die heutigen Regeln führen können, zeigt Maike Schaefer: Wer heute in Deutschland außerhalb von Friedhöfen bestattet werden möchte, muss den Umweg über das Ausland nehmen, d.h. der Verstorbene wird in das europäische Ausland zur Einäscherung gebracht, die Urne heimlich wieder nach Deutschland geschmuggelt. Das ist mehr als würdelos für die Verstorbenen, aber auch für die Hinterbliebenen, die, um den letzten Willen des Verstorbenen zu erfüllen, heimlich eine illegale Handlung vollziehen.

Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen

Werkverträge sind nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch geregelte privatrechtliche Verträge über etwa Bau- oder Handwerksarbeiten, Gutachten oder die Erstellung künstlerischer oder wissenschaftlicher Werke. Mit Werkverträgen wird aber von Unternehmen immer häufiger Lohndumping betrieben, indem sie immer mehr Dritte beschäftigen. Die Bedingungen werden für viele Betroffene immer schlechter, jüngere Beispiele bei Schlachthöfen beweisen dies.



Ein Antrag, vom grünen Arbeitsmarktpolitiker Frank Willmann vertreten, hatte den Senat aufgefordert, über den Bundesrat Maßnahmen zu initiieren, mit denen die Lage der Betroffenen verbessert und der Missbrauch schärfer sanktioniert wird. Inzwischen wurde ein entsprechender Bundesratsantrag, dem Bremen beigetreten war, im Bundesrat beschlossen.

Deshalb wurde der rot-grüne Antrag in der Debatte heute zurückgezogen, nun liegt der Ball im Spielfeld des neuen Bundestags.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de